

schaften Cathay Pacific Airlines von Hongkong und China Airlines (CAL) von Taiwan (Hongkong und Taiwan haben keine offiziellen Beziehungen) war Ende April des vorigen Jahres bereits abgelaufen. Da beide Seiten sich bis dahin auf einen neuen Vertrag für weitere fünf Jahre nicht einigen konnten, wurde der alte mehrmals provisorisch verlängert. Hindernisse in den Verhandlungen waren, daß Hongkong zunächst bei Taiwans Bedingungen der Beteiligung weiterer Fluggesellschaften am Vertrag kein Entgegenkommen zeigte und daß die Verlängerung des Vertrages für weitere fünf Jahre im Hinblick auf Hongkongs Rückgabe an China 1997 die Zustimmung Beijings erfordert. Beijing hatte wieder die Absicht, seine Fluggesellschaft in Hongkong CNAC (China National Aviation Corporation) in den Vertrag einzuschließen, was Hongkong und Taiwan jedoch nicht akzeptierten. (Siehe dazu ausführlich C.a., 1995/5, Ü 38)

Ende April kam es zwischen Beijing und Hongkong zu einem Kompromiß. Durch Aktienwerb konnte die CNAC zusammen mit einem anderen chinesischen Unternehmen in Hongkong, der CITIC (China International Trust and Investment Corp.), ihren Anteil an der ursprünglich von den britischen Firmen Cathay/Swire mit Mehrheit kontrollierten zweiten Fluggesellschaft Hongkongs, Dragonair, auf 64% erhöhen und diese in den Flugverkehrsvertrag mit Taiwan aufnehmen. Am 7. Juni hat die Sino-britische Gemeinsame Liaisongruppe den Kompromiß offiziell genehmigt.

Am 17. Oktober 1995 war ein Flugverkehrsvertrag zwischen der Dachorganisation der taiwanesischen Fluggesellschaften, Taipei Airlines Association, und der Air Macau ein Abkommen für fünf Jahre unterzeichnet worden; danach können die Macauer Linienmaschinen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße über Macau fliegen, jedoch mit der Auflage, daß sie bei der Zwischenlandung in Macau ihre Flugnummer ändern müssen. Denn Taiwan verbietet immer noch eine direkte Verkehrsverbindung mit dem chinesischen Festland. Im neuen Flugverkehrsvertrag zwischen den Fluggesellschaften von Hongkong und Taiwan wird der Dragonair gleiches Recht wie für Air Macau eingeräumt, die zu 51% Beijings staatlicher Fluggesellschaft Air China gehört. (FCJ, 22.6.96; ZYRB und LHB, 14.6.96; SCMP, 30.4. und 14.6.96; DGB, 15.6.96) -ni-

Oskar Weggel

Deutsche Chinapolitik

- Überlegungen im Zeichen der Krise -

Gliederung

- 1 Drei aktuelle Anlässe
 - 1.1 Der Schiffbruch der Münchener China-Tage
 - 1.2 Das Tibet-Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung
 - 1.3 Die Tibet-Tagung des Parlaments und die Ausladung des deutschen Außenministers
- 2 Drei Fragen zur deutschen Chinapolitik
 - 2.1 Gründe für die harsche Reaktion der chinesischen Regierung
 - 2.1.1 Verunsicherung der dritten Führungsgeneration
 - 2.1.2 Schwierigkeiten, mit pluralistischem "Chaos" zurechtzukommen
 - 2.1.3 Verschiedenheiten in der politischen Kultur
 - 2.1.3.1 Guanxi
 - 2.1.3.2 "Gesicht"
 - 2.1.2.3 Harmonie
 - 2.2 Schließen offizielle Beziehungen und Menschenrechtsappelle einander aus?
 - 2.2.1 Deutsche Erfahrungen mit dem früheren Ostblock: es gibt keine Unbeweglichkeit!
 - 2.2.2 Erfahrungen mit China: Beijing ist beeinflussbar!
 - 2.2.3 Gefordert: eine verlässliche Richtungsentscheidung Bonns zwischen drei Optionen
 - 2.2.4 Annäherung und Menschenrechte: kein Entweder/Oder, sondern ein Sowohl/Als auch
 - 2.3 Wie tief reichen die Auswirkungen von bilateralen Krisen?
 - 2.3.1 Parzellierungstendenzen in der Außenpolitik Beijings
 - 2.3.2 Getrennte Wege von Politik und Wirtschaft
 - 2.3.3 Ein Maximum an Psychologie bei einem Minimum an Risiken

1 Drei aktuelle Anlässe

Drei Ereignisse haben in kumuliertem Zusammenwirken dazu geführt, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen Mitte 1996 einen neuen Tiefpunkt erreicht haben.

1.1 Der Schiffbruch der Münchener China-Tage

Da waren erstens Auseinandersetzungen um die von der Stadt München, dem Goethe-Institut und dem Münchner Beck-Forum geplanten deutsch-chinesischen Kulturwochen in München. Nachdem die Chinesen erfahren hatten, daß

die Veranstalter nicht nur ein Standard-Kulturprogramm mit chinesischer Beteiligung durchziehen, sondern auch drei Podiumsdiskussionen durchführen wollten, zu denen u.a. namhafte chinesische Dissidenten geladen waren, hatten sie offiziell Protest eingelegt, ihre Mitbeteiligung abgesagt und vor allem das Goethe-Institut vor die Wahl gestellt, sich entweder von den Veranstaltungen zurückziehen oder aber einer Schließung seiner Filiale in Beijing ins Auge zu sehen.

Das Goethe-Institut hatte daraufhin klein beigegeben und sich offiziell von den Podiumsdiskussionen distanziert, die dann aber gleichwohl von der Stadt München und vom Beck-Forum zwischen dem 16. und dem 23. Juni 1996 veranstaltet wurden.

1.2 Das Tibet-Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung

Ein zweites Ereignis war das Tibet-Seminar der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, die in Asien auf ein breites Spektrum von Demokratisierungsbeiträgen verweisen kann und die sich ganz besonders der Tibet-Frage angenommen hat. Bereits im Mai 1995 hatte die Stiftung den Dalai Lama nach Deutschland eingeladen und dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter dadurch Gelegenheit verschafft, mit zahlreichen Bonner Politikern in Kontakt zu treten, angefangen vom Kanzleramtsminister Bohl über den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble bis hin zur Bundestagsvizepräsidentin Vollmer, dem Stellvertretenden Fraktionschef Verheugen (SPD), dem Vorsitzenden des Unterausschusses des Bundestags für Menschenrechte, Schwarz-Schilling, und Außenminister Kinkel.

Bei gleicher Gelegenheit auch hatte der Dalai Lama Gelegenheit erhalten, vor dem Hessischen Landtag eine Rede zu halten - er war damit zum ersten Mal in einem deutschen Parlament aufgetreten, nachdem er kurz vorher vom Frankfurter Oberbürgermeister von der 1200-Jahrfeier der Stadt Frankfurt ausgedient worden war.

Trotz all dieser Empfänge war die generelle politische Berührungsscheu gegenüber Tibet nicht einen Augenblick lang verloren gegangen. Besonders deutlich war dies bei dem Versuch des Dalai Lama geworden, dem deutschen Außenminister am 4. Mai 1995 bei einem Empfang im Auswärtigen Amt eine Freundschaftsschärpe um den Hals zu legen. Der Außenminister hatte sich dieser Geste durch eine spontane Bewegung entzogen - und dies alles vor laufender Fernsehkamera. Kinkel betonte, er habe sich damals vom Dalai Lama über dessen 5-Punkte-Friedensplan für Tibet unterrichten lassen. Dabei habe er mit Interesse zur Kenntnis nehmen können, daß der Dalai Lama lediglich eine "echte Selbstverwaltung", nicht jedoch die *Losrennung* Tibets von China anstrebe. Die Bundesregierung stelle die territoriale Integrität der VRCh "selbstverständlich nicht in Frage", dringe jedoch auf die Beachtung der Menschenrechte und die Gewährung religiöser und kultureller *Autonomie* für Tibet. Deutschland solle auch künftig in einem "echten Dialog mit den Tibetern bleiben".

Ganz anders verhielt sich die neue Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, die nach ihrer Wahl - ganz im Gegensatz zu ihrem Vorgänger - den Dalai Lama offiziell empfing und sich von ihm - anders als Kinkel - die

Freundschaftsschärpe umlegen ließ. (Paradoxiertweise erhielt Frau Roth eine Einladung nach China, Kinkel am 24.6.1996 dagegen eine Ausladung.)

Die Chinesen hatten all diese Vorgänge mißtrauisch beobachtet und wiederholte Male dagegen protestiert.

Ermutigt von den Erfolgen des Dalai Lama-Besuchs i.J. 1995, veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung im Sommer 1996 ein erneutes Tibet-Forum, das dem Außenminister jedoch so wenig ins Konzept paßte, daß er nach eigenen Angaben versucht habe, diese Konferenz der Stiftung "nicht stattfinden zu lassen".¹ Weil die Stiftung seinem Wunsche nicht entsprochen, sondern, ganz im Gegenteil, sogar noch Politiker der tibetischen Exilregierung eingeladen habe, sei das Auswärtige Amt, im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Zusage, nicht mehr bereit gewesen, Regierungsmittel in Höhe von 290.000 DM für die Veranstaltung bereitzustellen. Nachdrücklich wies der Außenminister gleichwohl darauf hin, daß der Dalai Lama sich auch bei der neuerlichen Veranstaltung nicht für eine Abtrennung Tibets von China ausgesprochen habe. Selbst die jüngste Tibet-Veranstaltung habe also die deutsche Außenpolitik keineswegs berührt. Freilich habe die Naumann-Stiftung ihre Konferenz mit der "tibetischen Exilregierung" veranstaltet und damit den Verdacht einer staatlichen Anerkennung dieser Regierung aufkommen lassen; einem solchen Verdacht aber habe sich die deutsche Regierung nicht aussetzen wollen und sich deshalb von der Stiftungs-Initiative distanziert (wobei darauf hinzuweisen ist, daß die Stiftungs-Tagung unter dem Patronat des FDP-Ehrentvorsitzenden Graf Lambsdorff stand).

1.3 Die Tibet-Tagung des Parlaments und die Ausladung des deutschen Außenministers

Das dritte Ereignis fand am 20. Juni 1996 statt, als der Bundestag die Menschenrechtslage in Tibet diskutierte und anschließend eine Erklärung herausgab, die besagte, daß die Menschenrechte in Tibet stärker beachtet werden müßten und daß der Dalai Lama bei seinen Bemühungen um kulturelle und religiöse Autonomie resoluter zu unterstützen sei. Auch die Regierung, vor allem aber Außenminister Kinkel befürworteten diese Entschließung, die, wie gesagt, nur auf Herstellung wirklicher *Autonomie*, nicht jedoch auf eine Unabhängigkeit Tibets hinauslief. Die Entschließung forderte eine echte Autonomie, die "die Erhaltung der kulturellen und religiösen Identität des tibetischen Volkes sicherstellt". Kinkel konnte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß sich der Bundestag mit überwältigender Mehrheit zur Ein-China-Politik der Bundesregierung bekannt habe, "die von allen Mitgliedern der Bundesregierung konsequent vertreten" werde. Auch der Bundeskanzler gab dem Außenminister Rückendeckung: "Die von Bundesminister Kinkel vertretene politische Linie entspricht voll und ganz der China-Politik der Bundesregierung und damit selbstverständlich auch der des Bundeskanzlers," sagte er.²

Der Außenminister pochte auch darauf, daß die Bundesregierung nach wie vor gute Beziehungen zur VR China wünsche, daß sich aber "weder die Bundesregierung noch der Außenminister noch der Bundestag bei der Erörterung der Menschenrechte den Mund verbieten" ließen; China solle zur Kenntnis nehmen, "daß die partnerschaftlichen Beziehungen es zulassen müssen, daß über Menschenrech-

te offen und kritisch gesprochen wird". Der Außenminister erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, daß er in Einzelfällen die Freilassung tibetischer Nonnen und Mönche sowie chinesischer Bürgerrechtler erwirkt habe. Menschenrechtspolitik und Wahrung deutscher Interessen auch in der Außenwirtschaft seien keine Gegensätze. Auch in Zukunft dürfe aber "keine eindimensionale Außenpolitik" geführt werden. Verfehlt sei vor allem eine innenpolitische Instrumentalisierung der China-Frage. Wer dergleichen dennoch betreibe, müsse sich fragen lassen, ob er bereit sei, außenpolitische Belange aufs Spiel zu setzen. Ohne Graf Lambsdorff zu nennen, empfahl Kinkel eine "Güterabwägung". Er habe die Naumann-Stiftung "gewarnt" und ihr geraten, bei der Planung des Tibet-Kongresses auch "das Ende zu bedenken". Er bezeichnete es als sinnlos, "leichtfertig" das Verhältnis zu China aufs Spiel zu setzen, indem man vor allem "Minister der Exilregierung" einlade. Der Dialog müsse weitergehen.

Trotz solcher durchaus auf Beijing Rücksicht nehmender Ausführungen freilich ließ sich die VR China nicht davon abhalten, Kinkel von seinem für Juli 1996 geplanten China-Besuch auszuladen, und zwar mit Erklärung vom 24. Juni 1996.

Ausgeladen wurden darüber hinaus die Mitglieder des Unterausschusses des Bundestags für humanitäre Fragen, deren Kritik den Chinesen offensichtlich schon lange bitter aufgestoßen war.

Kaum hatte Kinkel die Absage erhalten, reagierten einige seiner Kabinettskollegen, indem sie zu Beijing auf Distanz gingen: Bauminister Töpfer, der in der nachfolgenden Woche mit Vertretern der Bauwirtschaft in mehreren chinesischen Großstädten auftreten sollte, sagte seine Reise ab. Auch Umweltministerin Merkel kündigte an, ihre für Ende Oktober geplante Reise nicht durchführen zu wollen, und Verteidigungsminister Rühe annullierte ein deutsch-chinesisches Offizierstreffen, das im Herbst 1996 in Koblenz stattfinden sollte. Außerdem verlangte der Geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion eine Regierungserklärung zum Verhältnis mit China im Bundestag und eine anschließende Debatte.

Das chinesische Außenministerium war von diesen heftigen Reaktionen offensichtlich überrascht und schritt am 25. Juni zur Schadensbegrenzung, indem ein Sprecher darauf hinwies, daß China nur gegen Einmischungen des Bundestags in innere chinesische Angelegenheiten habe reagieren, nicht jedoch das gesamte deutsch-chinesische Verhältnis habe in Frage stellen wollen.

Auch ließ der Sprecher noch einmal durchblicken, daß der Besuch des deutschen Außenministers nicht ein für allemal aufgekündigt, sondern lediglich aufgeschoben worden sei.

2

Drei Fragen zur deutschen Chinapolitik

Die gegenwärtige Abkühlung im chinesisch-deutschen Verhältnis läßt wieder einmal jene alten drei Fragen aufkommen, die in der Berichterstattung der Medien schon früher mit pochender Regelmäßigkeit wiedergekehrt waren: Warum die harte Reaktion Beijings? Schließen offizielle Beziehungen und Kampf für die Verwirklichung der Menschenrechte einander aus? Und: ziehen Einzelkonflikte das gesamte Spektrum der deutsch-chinesischen Beziehungen in Mitleidenschaft?

2.1

Gründe für die harsche Reaktion der chinesischen Regierung

Wie ein Blick auf die gegenwärtige Szenerie zeigt, ging die "Empörung" nicht von der chinesischen Öffentlichkeit oder gar von der chinesischen Geschäftswelt, sondern ausschließlich von der Beijinger politischen Führung aus, die ihrerseits freilich, wie ein Blick auf die Außenpolitik der vergangenen Jahre zeigt, in sich durchaus nicht geschlossen, sondern in zahlreiche Untergruppen und sich befehlende Subbürokratien aufgespalten ist - man denke etwa an den Kleinkrieg zwischen Teilen der VBA und dem Außenministerium.

Im Zusammenhang mit dem deutsch-chinesischen Konflikt scheinen es vor allem drei Anlässe zu sein, die bei der Mehrheit der Entscheidungsträger das Faß zum Überlaufen gebracht haben, nämlich die Verunsicherung der dritten Führungsgeneration, die sich mittlerweile in einem neuen Verhalten ("Li Peng-Stil") niederschlägt, zweitens das fortdauernde Unverständnis für pluralistische Strukturen und nicht zuletzt eine Reihe von sozio-kulturellen Empfindlichkeiten, die durch Vorgänge im chinesisch-deutschen Verhältnis überfordert wurden.

2.1.1

Verunsicherung der dritten Führungsgeneration

Was zunächst einmal die "Verunsicherung der Führung" anbelangt, so hängt sie mit den Ungewißheiten zusammen, denen die "dritte Generation" (nach Mao Zedong und Deng Xiaoping) ausgesetzt ist: Innenpolitisch sucht sie nach einem neuen Profil, das einerseits wirtschaftlich nicht mehr so scharf geschnitten ist wie das Antlitz der Deng Xiaoping-Ära, das andererseits jedoch auch die politischen Einseitigkeiten der Mao Zedong-Zeit vermeidet, das aber gleichwohl nach einer "Re-Politisierung" verlangt, die, wie man in der Führung durchaus weiß, beim Großteil der Bevölkerung und bei der Bürokratie nur schlecht ankommt; außenpolitisch geht es darum, Anerkennung für die neue Friedens- und Versöhnungspolitik zu finden, die im Laufe der vergangenen Jahre durchaus mit Erfolg verwirklicht worden ist,³ die als solche freilich von vielen westlichen Staaten noch keineswegs zur Kenntnis genommen - und damit letztlich auch nicht anerkannt wird: Statt Beifall für ihre konstruktive Friedenspolitik zu erhalten, sieht sich die chinesische Führung mit immer neuen Vorwürfen der Verletzung von Menschenrechten konfrontiert. Für Selbstvertrauen und für politische Legitimation ist diese Reaktion des Auslands alles andere als ermutigend. Vor allem von Deutschland, das in China höchstes Ansehen genießt und mit dessen politischer Elite sich die Führung lange auch weitgehend einig glaubte, hatte man eigentlich ein etwas anderes Verhalten erwartet.

Zur Verschärfung des Tons hat eine Entwicklung beigetragen, die vom Hauptverantwortlichen für Außenpolitik im Politbüro, nämlich von Ministerpräsident Li Peng, entscheidend mitgeprägt wurde und die deshalb im vorliegenden Zusammenhang mit dem Begriff "Li Peng-Stil" charakterisiert sei.

Was damit gemeint ist, haben Politiker wie der frühere französische Ministerpräsident Balladur bei seinem Besuch im April 1994,⁴ der deutsche Bundeskanzler⁵ und neuerdings auch der französische Ministerpräsident Juppé⁶ er-

fahren müssen. Daß man den Gast (z.B. Juppé) eineinhalb Stunden "schmoren" läßt, protokollwidrig nicht zum Abschiedempfang erscheint (Kohl-Besuch im November 1994) oder daß Dissidenten, deren Freilassung vorher gefordert worden ist, beim Eintreffen des Staatsgastes oder unmittelbar nach dessen Abreise verhaftet und daß Journalisten aus dem Land des besuchenden Politikers mit einem Entzug des Agréments zur Verantwortung gezogen werden: dies alles hat sich in der "Diplomatie" der Li Peng-Regierung nach und nach als Alltagspraxis herauskristallisiert. Nicht selten haben solche Demarchen bisher auch als Antwort auf Verstöße gedient, die von der chinesischen Seite als solche empfunden - weil zumeist in ihren konkreten politischen Zusammenhängen nicht verstanden - wurden.

2.1.2 Schwierigkeiten, mit pluralistischem "Chaos" zurechtzukommen

Damit taucht eine zweite Konfliktursache auf, nämlich das Unverständnis der meisten chinesischen Politiker für die widersprüchlichen Verhaltensweisen pluralistischer Gesellschaften. Zu einem traumatischen Erlebnis in dieser Hinsicht hatte sich der Deutschlandbesuch Li Pengs vom 3.-9. Juli 1994 entwickelt. Hatte der "Bonner Teil" dieser Visite einen noch durchaus vielversprechenden und freundlichen Verlauf genommen, so war der zweite Teil, bei dem Li Peng eher mit der Bevölkerung in Berührung kam, zu einer einzigen Pannenabfolge geworden, angefangen von der Rheinfahrt zwischen Bingen und Boppard über den Berlin- und Weimar-Besuch bis hin zur Visite am Tegernsee. Schon bei der Rheinfahrt war es zu zahlreichen Demonstrationen gegen den "Tiananmen-Mörder" vom Juni 1989 gekommen. Auch in Berlin, wo Li zusammen mit Bürgermeister Diepgen das Brandenburger Tor durchschreiten sollte, hatten sich Demonstranten versammelt, die Transparente mit Aufschriften wie "Li Peng - Schlächter vom Tiananmen" und "Mörder" trugen. Als Diepgen am Brandenburger Tor erschien, war er mit einem Pfeif- und Sirenenkonzert empfangen worden, woraufhin die Polizei gewaltsam gegen die Demonstranten vorgegangen war - ein überflüssiger Akt, wie sich bald herausstellte, da Li inzwischen - zum maßlosen Erstaunen Diepgens - den Besuchstermin am Brandenburger Tor kurzerhand eingestellt hatte und nach Weimar weitergefahren war: Aber auch dort war er von mehreren hundert Demonstranten mit Pfiffen und Transparenten empfangen worden. "Kein Dichter und Denker für Richter und Henker" hieß es auf einem der Plakate. Auch im Goethe-Haus selbst fühlte Li sich brüskiert, nachdem der Präsident der Stiftung "Weimarer Klassik" zu Beginn seiner Ausführungen gesagt hatte, daß "dieses Haus ein steingewordenes Zeugnis der deutschen Klassik und eines Denkens geworden sei, das der Unverletzlichkeit der Person aufs tiefste und höchste verbunden ist". Li hatte daraufhin die Rede unterbrochen und erklärt, er wolle sich die Goethe-Gedenkstätte ohne weitere Erklärungen anschauen. Nach Verlassen des Goethe-Hauses hatte Li die Gastgeber aufgefordert, Weimar von Demonstranten räumen zu lassen. Als diese Aufforderung nicht fruchtete, war er unverzüglich nach München weitergereist. Doch auch dort hatten sich - vor der Münchner Residenz - wieder einmal Demonstranten versammelt - mit der Folge, daß Li auf jedes weitere Programm verzichtete und sich fortan nur noch auf Firmenbesuche beschränkte.⁷

Li Peng war von dem chaotischen Beiwerk seines Besuchsprogramms, das für einen Kenner pluralistischer Gesellschaftsordnungen kaum überraschend gewesen wäre, offensichtlich so verblüfft, daß er nur noch mit dem Holzhammer reagieren zu können glaubte und daher einen Gastgeber nach dem anderen mit Absagen und mit Interventionen vor den Kopf stieß, wie sie den Etikettevorstellungen weder der Gastgeber noch der Chinesen entsprachen.

Bundeskanzler Kohl bekam bei seinem eineinhalb Jahre später folgenden China-Besuch verschiedene Male die "späte Rache Li Pengs" zu verspüren.⁸

Daß Beijing auch diesmal, nämlich im Juni 1996, den falschen Mann, nämlich Außenminister Kinkel, getroffen hat, war vermutlich einer erneuten Fehlinterpretation pluralistischer Verhältnisse zuzuschreiben: Gibt es doch kaum einen anderen deutschen Politiker, der in all seinen Äußerungen den Intentionen der Beijinger Politik mehr entgegengekommen wäre als der deutsche Außenminister. Er hatte stets auf peinliche Menschenrechts-"Belehrungen" verzichtet, hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung für Menschenrechtsdialoge unterhalb der Regierungsebene einzuschalten versucht und hatte sich, wie erwähnt, vom Dalai Lama nicht einmal die Freundschaftsschärpe umhängen lassen. Ungeachtet dessen wurde er freilich eingeladen, während andererseits, wie ebenfalls erwähnt, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, die dem Dalai Lama gegenüber ein wesentlich unbefangeneres Verhältnis an den Tag gelegt hatte, als Gast in China willkommen geheißen wurde.

2.1.3 Verschiedenheiten in der politischen Kultur

Weitaus bedeutsamer freilich als die bisher genannten zwei Gründe dürfte ein dritter Komplex von Idiosynkrasien sein, die mit dem andersgearteten Rollenverständnis der Chinesen zusammenhängen. Dies sei an drei Grundbegriffen der chinesischen Werteordnung verdeutlicht, nämlich an dem Gewicht, das den "persönlichen Beziehungen" (*guanxi*), dem "Gesicht" und der "Harmonie" beigemessen wird.

2.1.3.1 Guanxi

Was zunächst die *persönlichen Beziehungen* anbelangt, die nicht nur im Alltag, sondern auch in der Politik eine hervorragende Rolle spielen, so hängt ihre kaum hoch genug zu veranschlagende Bedeutung damit zusammen, daß die chinesische Gesellschaft im Gefolge der konfuzianischen Tradition auch heutzutage kaum auf das Individuum, dagegen um so stärker auf das Verhältnis *zwischen* den Individuen abstellt. Betrachtet man die Gesellschaft als Netz, so kapriziert sich die westliche Philosophie seit etwa 400 Jahren fast nur auf die Knoten und auf die Rechte des Individuums, während sich die chinesische Tradition seit der Han-Zeit, also seit rund 2000 Jahren, im wesentlichen nur für die Maschen interessiert, also für die *strukturierte* Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Fürst und Untertan, Vater und Sohn, älterem und jüngerem Bruder usw. Man geht davon aus, daß eine Gesellschaft nur dann wohlgeordnet ist, wenn die Maschen so straff gespannt sind, daß die einzelnen Knoten nicht mehr durcheinander-

geraten können, wenn dadurch also "Unordnung" (*dongluan*) vermieden wird. Diese philosophische Intention hängt damit zusammen, daß der Konfuzianismus ein "Kind von 500 Jahren Krieg" ist - also eine Ordnungslehre, der es darum geht, das Verhältnis zwischen den Menschen ein für allemal zu stabilisieren, wobei das "Ich ausgeschaltet" (*keji*) und an seine Stelle eine zwischenpersonelle Ordnung gesetzt werden soll, deren Inhalte manifest zwar aus der Zhou-Zeit, latent aber direkt vom Himmel stammen, so daß sie im wahrsten Sinne des Wortes "übermenschliche" Verbindlichkeit besitzen (*fuli*).

Worauf es nach alledem nicht nur im Alltag, sondern auch im politischen Leben entscheidend ankommt, ist die Herstellung fester und verlässlicher Beziehungen nicht nur zwischen den politischen Eliten im eigenen Lande, sondern auch zu Politikern des Auslands. Exakt diesem Zweck dienten die durch viele Jahrhunderte hindurch eingeübten sog. "Tributbeziehungen", die das Reich der Mitte mit "barbarischen" und "zivilisierten" Nachbarvölkern zu errichten pflegte, sei es nun, daß Prinzessinnen mit Barbarenfürsten verheiratet - und diese durch Schwiegerbeziehungen "domestiziert" wurden, sei es, daß ausländische Völker in bestimmten Zeitabschnitten vor dem "Sohn des Himmels" zu erscheinen und sich vor diesem zu verneigen hatten. Immer ging es hier letztlich um Herstellung von *guanxi*, die keineswegs institutionell, sondern durchaus personell verstanden wurden.

Obwohl die Voraussetzungen für Tributverhältnisse mit dem Ende des chinesischen Kaiserreichs längst verschwunden sind, ist die chinesische Politik doch nie müde geworden, politische *guanxi* auf immer neue Art und Weise herzustellen. Zwei typische Ausprägungen dieser Art sind etwa das seit 1994 praktizierte ASEAN Regional Forum (ARF) und die am 1. und 2. März 1996 abgehaltene ASEM (Asia and Europe Meeting)-Konferenz. Das zunächst von einem anderen chinesisch denkenden Staat, nämlich von Singapur, aus der Taufe gehobene ARF soll dem Zweck dienen, asiatische Politiker regelmäßig (nämlich im Anschluß an die jährlich stattfindende ASEAN-Außenministerkonferenz) zu einem Forum einzuladen, bei dem kritische Fragen in informeller und lockerer Form besprochen werden, bei dem es aber vor allem darauf ankommt, ein Vertrauensverhältnis herzustellen, das der Lösung schwieriger Sachfragen förderlich ist.

In ähnlichem Geiste wurde die ASEM in Bangkok aufgezogen, deren Atmosphäre betont "asiatisch" geprägt war: nicht Themenlisten und Sachfragen standen hier im Vordergrund, sondern das "Gegenseitig-sich-Kennenlernen" von Spitzenpolitikern. Für die meisten Europäer war die Erfahrung, daß hier nicht Themen abgehakt, sondern lediglich Tee getrunken oder miteinander "friedlich gescherzt" werden sollte, eine fundamental neue Erfahrung - eine "Asien-Erfahrung" eben!⁹

Kein chinesischer Spitzenpolitiker, der sich nicht solide *guanxi* zu Spitzenpolitikern anderer Staaten wünschte - und zwar von Herzen wünschte! Leider haben aber vor allem Politiker wie Li Peng immer wieder zur Kenntnis nehmen müssen, daß ihre Blümenträume im Frostklima der Menschenrechtsdiskussion nicht gedeihen können. Dies ist eine Erfahrung, die sich nur schwer verwinden läßt. Einer konstruktiven Außenpolitik fehlt es damit am Solidesten, was ein chinesischer Politiker sich vorstellen kann, nämlich an der *guanxi*-Basis.

2.1.3.2 "Gesicht"

"Gesicht" ist keine physische, sondern eine soziale Kategorie. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat ein Männer- oder Frauen-, ein Vorgesetzten- oder ein Nachgeordneten-, ein Architekten- oder ein Rechtsanwalts-, ein Ingenieurs- oder ein Dolmetscher-Gesicht und er will (und muß) in dieser Rolle bestätigt sein. Kaum ein krasseres soziales Mißgeschick läßt sich vorstellen, als einen anderen Gesicht verlieren zu lassen. Dieses *shi mianzi* muß auf alle Fälle vermieden werden. Es gilt die dreifache Grundregel, jedermann "Gesicht zu geben", niemanden "Gesicht verlieren zu lassen" und "sein eigenes Gesicht zu wahren", d.h. also beispielsweise nicht aus der Haut zu fahren oder sich so zu benehmen, wie es einem sozial genau definierten Gesicht unzutraglich wäre.

Da in der konfuzianischen Kultur so wenig Wert auf das Ich (genauer: auf das "kleine Ich") und auf Selbstbewußtsein gelegt wird, zählt das "man" (oder das "große Ich") und das soziale Gesicht um so stärker.

Auch eine Regierung, jedes ihrer Mitglieder und überhaupt ihre ganze Politik, hat ein bestimmtes Gepräge, dem gleichfalls der Stellenwert eines Gesichts zukommt.

Seit Jahrhunderten war die konfuzianische Geschichtsschreibung damit befaßt, bestimmte Personen, Politiker und politische Systeme zu "loben oder zu tadeln". Dieses höchst normative *baobian* unterscheidet chinesische Historiographie prinzipiell von der europäischen Geschichtsschreibung, der es eher darum geht, Geschichtsabläufe wie in einem Film aufzuzeichnen und Personen sowie Geschehnisse möglichst zu objektivieren. In der chinesischen Geschichtsschreibung dagegen wird fast schrankenlos bewertet und "subjektiviert", wobei es immer darum geht, aus dem Strom der Geschichte positive und negative Modelle herauszufischen und sie der Nachwelt als Vorbild oder als Warnbild zu präsentieren. Jede Führung - und zwar auch eine Führung im Zeichen der KPCh - erwartet deshalb ganz selbstverständlich, daß sie - ganz in Schwarz-Weiß-Manier - als positiv und fleckenlos anerkannt - und später historiographisch dargestellt wird.

Ganz im Gegensatz zu solchen Erwartungen aber sieht sich ein Spitzenpolitiker wie Li Peng - und mit ihm zumeist auch die ganze Führung Beijings - als Menschenrechtsverletzer und als sittlich defizitär angesprochen und behandelt. Die Folge sind bisweilen Trotzreaktionen, wie sie in Form des "Li Peng-Stils" seit einigen Jahren immer häufiger zutage treten.

2.1.3.3 Harmonie

Was schließlich die *Harmonie*-Vorstellungen anbelangt, so besteht in der chinesischen Gesellschaft Übereinstimmung darüber, daß nur "antagonistische Widersprüche" offen bekämpft werden sollen, nicht aber normale Konflikte, die vielmehr durch versöhnliche Aussprachen zu bereinigen sind. Niemand hat das Recht, seine subjektiven Rechte - und seien sie noch so schwer verletzt worden - auf Kosten zweier kollektiver Grundwerte, nämlich der Ordnung und - eben - der Harmonie zu verwirklichen. "In dubio pro harmonia" - so etwa lautet eine chinesische Grundverhaltensregel.

Im Gegensatz zu den "Streitkulturen" des Westens, die sich nach dem Grundsatz "je konfliktfähiger, desto demokratiefähiger" bestimmen, gilt in China das Prinzip der Harmonie - und sei es notfalls auch der Harmonie bis aufs Messer.

Theoretisch lassen sich Konflikte in dreifacher Weise lösen, nämlich durch offene Austragung (dies ist der westliche Weg), durch vereinheitlichenden Druck auf die Mitglieder einer Gruppe (chinesisches Binnenverhalten) und nicht zuletzt dadurch, daß ein Beteiligter die Unfähigkeit oder Kompromißlosigkeit des anderen aushält, weil er beispielsweise vom andern nicht erwartet, daß er genügend Einfühlungsgabe aufbringt, um sich korrekt in einer ihm vielleicht fremden Umgebung zu benehmen. Diese Strategie des geduldigen Aushaltens von Konflikten wird von Chinesen häufig gegenüber Ausländern angewandt.

Sollte die Toleranzgrenze allerdings einmal überschritten werden, kann die Situation in eine um so konfliktträchtigere Qualität umschlagen.

Auf die chinesische Außenpolitik übertragen, hieße dies, daß die Führer in Beijing, die dem seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 immer wieder auftauchenden Vorwurf der Menschenrechtsverletzung lange Zeit "geduldig" ertragen haben, mittlerweile dünnhäutig geworden sind und Wirkung verspüren lassen.

2.2 Schließen offizielle Beziehungen und Menschenrechtsappelle einander aus?

2.2.1 Deutsche Erfahrungen mit dem früheren Ostblock: es gibt keine Unbeweglichkeit!

Schon ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte zeigt, daß es ratsam ist, geregelte Beziehungen auch zu solchen Regimen aufrechtzuerhalten, die den eigenen Menschenrechtsvorstellungen fundamental zuwiderhandeln. In Zeiten des Kalten Krieges hätte es sich beispielsweise kein westlicher Staat einfallen lassen, die damalige Weltmacht UdSSR einfach zu ignorieren. Sogar die Regierung der DDR, die ihre Bevölkerung von der Außenwelt im wahrsten Sinne des Wortes abzumauern versuchte, konnte nach mehreren Jahren eifrig praktizierter "Hallstein-Doktrin" von Bonn nicht länger "übersehen" werden und brachte es schließlich so weit, daß sie von der Bundesregierung sogar diplomatisch anerkannt wurde. Eine ähnliche diplomatische "Normalisierung" ereignete sich gegenüber Regimen wie dem Iran oder dem Irak sowie zahlreichen Ländern der Dritten Welt, denen die Menschenrechte nicht gerade heilig sind.

Mehr noch: im Zeichen der Normalisierung zwischen den westlichen und den osteuropäischen Ländern kam es schließlich sogar zur Herausbildung der KSZE und zur Vereinbarung der Helsinki-Schlußakte, in deren Korb 3 auch die Menschenrechte angesprochen waren. Der Wandel mit dem Ostblock kam also nicht nur durch Handel, sondern auch durch immer stärkere Einbeziehung der dortigen Bevölkerung zustande, die nicht länger einsehen wollte, warum sie sich immer noch "stalinistischen" Beherrschungsmethoden beugen sollte.

All diese Überlegungen gelten auch für das Verhältnis zwischen "dem" Westen und China.

2.2.2 Erfahrungen mit China: Beijing ist beeinflussbar!

An erster Stelle wäre hier mit einem Klischee aufzuräumen, das vielen Politikern und Medienvertretern liebgeworden zu sein scheint, nämlich der Behauptung, daß China starr und unbeweglich ist. Ein Blick auf die chinesische Realität der letzten zwei Jahrzehnte zeigt jedoch, daß sich das vermeintlich so unflexible Reich der Mitte mittlerweile wesentlich stärker gewandelt hat als jedes x-beliebige westliche Land. Wer beispielsweise die "Marktwirtschaft" Mitte der 90er Jahre mit den Zuständen des spätmaoistischen China, vor allem mit den 10 Jahren Kulturrevolution vergleicht, wird kaum noch Gemeinsamkeiten entdecken.

Ein ähnlicher Ruck ist durch die *Außenpolitik* der Reformen gegangen, die vor allem seit dem Tiananmen-Massaker streckenweise zu einer "Außenpolitik im Büßergewand" geworden ist und Änderungen herbeigeführt hat, die man noch wenige Jahre vorher kaum für möglich gehalten hätte - man denke an die Normalisierung der Beziehungen Beijings mit früheren "Erzfeinden" wie der Sowjetunion/Rußland, mit Vietnam (mit dem noch 1979 Krieg geführt worden war), mit Indonesien (das seit 1965 von China endgültig geschieden zu sein schien), mit Indien, mit dem es ebenfalls mehrere Grenzkriege gegeben hat, oder aber mit Südkorea und Israel - um hier nur einige besonders verblüffende Beispiele zu nennen.

Es ist nicht zuletzt "der" Westen, der sich das Verdienst für diese Umwälzungen zuschreiben kann, sei es nun, daß er der VR China Grenzen aufgezeigt, vor allem aber, daß er Vorbilder geliefert hat, an denen sich das reformerische China ausrichten konnte: Wer hätte es sich 1976, also im Schlußjahr der Kulturrevolution, schon träumen lassen, daß die 90er Jahre der VR China bereits im Zeichen der Marktwirtschaft stehen würden!? "Der" Westen und die in den Verwestlichungssog hineingeratenen Erfolgsländer vom Format Südkoreas, Taiwans, Hongkongs, Singapurs und Japans haben ferner dafür gesorgt, daß die VR China mittlerweile zumindest auch rechtlich und technologisch auf einer "universalistisch-modernistischen" Schiene abzufahren beginnt.

Für die westliche Politik ergibt sich aus all diesen Beobachtungen der eindeutige Schluß, daß Änderungen in einem Land wie China nicht durch Isolierung, sondern nur durch verstärkte Zusammenarbeit zu erreichen sind:

Erstens einmal wird die chinesische Führung mittlerweile durch das ständige Pochen auf Menschenrechte in einer Art und Weise sensibilisiert, wie es im Zustand der Isolation niemals hätte geschehen können: Was kümmerten sich Mao Zedong und sein Anhang schon groß um Menschenrechte!? Nach heutigen Erkenntnissen sind den maoistischen Revolutionsutopien nicht weniger Menschen zum Opfer gefallen als den rassistischen Abartigkeiten der Nationalsozialisten. Paradoxe Weise aber wurde Mao im Westen lange Zeit als Lichtgestalt und seine Revolution als Offenbarung gepriesen, während das wesentlich "liberalere" reformerische China mit Schmähungen überschüttet wird und offensichtlich all die Enttäuschungen "auszubaden" hat, die "der" Westen mit dem maoistischen China - und mit seiner eigenen Selbsttäuschung - erleiden mußte.

Zweitens gilt die Erkenntnis, daß zumindest die wohlhabenden Regionen Chinas jenen "demokratischen Dreisprung" nachvollziehen können, der sich in den 70er und

80er Jahren bereits in Taiwan ereignet hat, wo aus einer immer wohlhabender gewordenen Bevölkerung schließlich ein Mittelstand entstand, der partizipative Forderungen stellte und sogar eine Mehrparteien-Demokratie durchsetzen konnte, die in der Lage ist, auch ökologische und menschenrechtliche Forderungen zu erheben. Zumindest in metakonfuzianischen Gesellschaften führt der Weg zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften also über "Wohlstand plus Mittelstand". Wer den gegensätzlichen Kurs anzusteuern versucht und China z.B. durch die Drohung, ihm Meistbegünstigungsrechte zu entziehen, im Zustand der Armut halten will, wird weder bei der Demokratisierung noch bei der Beachtung von Menschenrechten erfolgreich sein können.

2.2.3

Gefordert: Eine verlässliche Richtungsentscheidung Bonns zwischen drei Optionen

Zu Recht hat der Hamburger Bürgermeister Voscherau im Anschluß an einen Besuch in der Partnerstadt Shanghai darauf hingewiesen, daß die deutsche China-Politik eine Richtungsentscheidung zwischen drei verschiedenen Konzepten zu treffen habe, nämlich zwischen "Wandel durch Abgrenzung", "Wandel durch Anbiederung sowie 'Profit über alles'" und "Wandel durch Annäherung". Von diesen dreien ist der Weg eines "Wandels durch Abgrenzung" wohl der unrealistischste, da er zwar für ein gutes Gewissen im eigenen Land sorgt, aus den oben besagten Gründen aber ganz gewiß nicht für einen Wandel! Auch der zweite Weg ("Profit geht über alles") wäre langfristig untauglich, da er nicht nur zur Verachtung bei den Chinesen und zum Verrat des eigenen Standpunkts, sondern letztlich auch zu Gesichts- und Gewichtsverlust führt.¹⁰ Als brauchbar erweist sich damit letztlich nur das Konzept des Wandels durch Annäherung. Dabei gilt es, mit der VR China ständig im Gespräch zu bleiben, kritische Dialoge zu führen und nie zu vergessen, daß in China eine andere Menschenrechtsauffassung gilt, die nur in einem langandauernden Prozeß zu verändern ist.

2.2.4

Annäherung und Menschenrechte: kein Entweder/Oder, sondern ein Sowohl/Als auch

Eine deutsche Politik, die das Ziel des langsamen inneren Wandels der VR China nicht aus den Augen läßt, ist mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, ja mit Gewinnüberlegungen durchaus vereinbar. Es gilt nicht das Entweder/Oder, sondern das Sowohl/Als auch.

Die in vielen Medien auftauchende Feststellung, daß Deutschland "um des schnöden Mammons willen" nicht vor den "chinesischen Menschenrechtsverletzungen" die Augen schließen dürfe, ist nichts anderes als die schlagkräftige Umschreibung falscher Prämissen.

Ob China mit seiner gewachsenen Auffassung vom Verhältnis zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft sich je ganz westlichen Individualvorstellungen annähern kann, ist mehr als zweifelhaft. Doch läßt eine demokratisch mittlerweile gereifte metakonfuzianische Gesellschaft wie Taiwan erkennen, daß hier Zwischenergebnisse erzielt werden können, die auch für den Westen durchaus akzeptabel sind.

Die Zielsetzung bleibt also klar; zu verändern sind lediglich die Mittel und Methoden: der Westen möge sich hier auf die alte Weisheit des "suaviter in modo, fortiter in re" besinnen. Empfehlenswert wäre es also, Menschenrechtsfragen beispielsweise nicht jedesmal auf oberster Ebene und in gesichtsverletzender Weise anzusprechen, sondern die Diskussion etwas "tiefer zu hängen" und sie beispielsweise auf viele Ebenen, u.a. auch auf Gespräche zwischen westlichen und chinesischen Juristen zu verteilen.

Darüber hinaus sollte niemals vergessen werden, daß das konfuzianische Menschenbild und die konfuzianische Auffassung vom Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und individuellem sich von den westlichen Konzepten grundlegend unterscheiden und daß deshalb eine "totale Verwestlichung" (*quanpan xihua*) Chinas kaum in Frage kommt. Hier gilt es sehr wohl, andere Auffassungen zu "respektieren", die auf einer immerhin zweieinhalbtausendjährigen Philosophie beruhen, also nicht einfach als "rückständig" beiseite geschoben werden können. Sensibilität für andersartige Denk- und Verhaltensweisen ist hier also keineswegs überflüssig, selbst wenn es auf der Hand liegt, daß Beijing die andersartigen Traditionen immer wieder instrumentalisiert und sie zur Erhaltung gegenwärtiger Machtverhältnisse mißbraucht. Vor allem westlichen Politikern und Medienvertretern, die allzu schnell zu einer Verurteilung Chinas bereit sind, sollten sich mehr an die eigene Nase fassen.

2.3

Wie tief reichen die Auswirkungen von bilateralen Krisen?

2.3.1

Parzellierungstendenzen in der Außenpolitik Beijings

Zu den empirisch feststellbaren Auswirkungen von Konflikten zwischen China und anderen Staaten gehörte bereits im Zeitalter des Maoismus der Versuch, Feindschaften zu *parzellieren*. Außenpolitik wurde beispielsweise auf drei Ebenen (KP/KP, Staat/Staat und Volk/Volk) geübt. Selbst nach 1968, als zwischen KPCh und KPdSU sowie zwischen chinesischer und sowjetischer Regierung "nichts mehr lief", versuchte Beijing, freundschaftliche Beziehungen wenigstens zum Volk der Sowjetunion aufrechtzuerhalten.

Auch bei den Auseinandersetzungen mit Taiwan bemühte sich Beijing stets, nur die Guomindang-Regierung zu treffen, keinesfalls aber Taiwan wirtschaftlich zu isolieren, weil dadurch, wie Zhou Enlai es einmal begründete, nur die ohnehin "unterdrückten Volksmassen" gelitten hätten! Diese differenzierte Politik hat bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

2.3.2

Getrennte Wege von Politik und Wirtschaft

Zweitens geht das nachmaoistische - diesmal ganz im Gegensatz zum maoistischen - China immer stärker von dem Prinzip aus, daß Politik und Wirtschaft voneinander zu trennen seien. Seit dem XIV. Parteitag von 1992 gilt der Grundsatz, daß oberste Leitlinie aller Politik der wirtschaftliche Erfolg zu sein habe. Galten zur Zeit Maos noch Politik und der Klassenkampf als "Seele" des politischen Handelns, so liegt das "eine und einzige Zentrum" (*yige*

zhongxin) heutzutage bei der Wirtschaft - man denke an den bekannten Ausspruch Deng Xiaopings, daß es gleichgültig sei, ob eine Katze schwarz oder weiß ist: Hauptsache, sie fängt Mäuse.

Wirtschaftliche Zwänge werden mittlerweile noch dadurch verstärkt, daß China seit 1995 die USA als Empfänger weltweiter Investitionen von Platz 1 verdrängt hat und daß die Volksrepublik in ihrem Außenhandel mit anderen Ländern, wie beispielsweise Deutschland oder den USA, stets beträchtliche Überschüsse zu erzielen pflegt. Will Beijing solche Zuflüsse und Vorteile nicht schnell wieder verlieren, ist es gut beraten, Zurückhaltung zu üben und sich vor allem der Wirtschaft gegenüber vertrauensstiftend zu verhalten.

Die zentrale Position der Wirtschaft ist auch dadurch noch verstärkt worden, daß die Möglichkeiten der Politik, die Wirtschaft mitzusteuern, immer geringer werden. Die Autonomisierung der Betriebe, die durch den Zehn-Punkte-Beschluß vom September 1984 grünes Licht erhalten hat, die immer selbständiger werdende Position der Küstenregionen und nicht zuletzt das Hervortreten eines neuen Mittelstandes bilden mit ihrer dreifachen Synergie eine neue Kraft, gegen die Beijing mit seinen Zentralisierungsforderungen kaum noch ankommt. "Starke Wirtschaft, schwache Politik", dieser Satz gewinnt im reformerischen Kontext immer mehr an Aktualität, zumal auch die Planung nur noch rund 15% aller Güter und die zentrale Preisfestsetzung nur noch 10% der Güter erfaßt.

Außerdem nähert sich China immer mehr den Grundelementen des "ostasiatischen Modells", das vor allem durch drei Eigenschaften gekennzeichnet ist, nämlich durch Vorrangigkeit der Wirtschaft, durch Exportorientierung und durch autoritär/korporatistische Steuerung.

Immer entschiedener beginnt sich also die Wirtschaft von der Politik abzusondern - eine Entwicklung, die zu Maos Zeiten als schlimmster Revisionismus verurteilt worden wäre.

Politische Sanktionen, wie z.B. die Ausladung des deutschen Außenministers Kinkel, beeinflussen die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen also höchstens noch am Rande. In der Tat beilegte sich die deutsche Wirtschaft sogleich nach dem diplomatischen Eklat mit der (etwas beschwörend klingenden) Feststellung, daß der Konfrontationskurs auf den politischen Bereich beschränkt bliebe. Die Volkswagen AG, die stärker als jedes andere deutsche Unternehmen in China investiert hat, bezeichnete die Ausladung als "Tagesereignis", das die kontinuierliche Stärkung der Beziehungen mit den Chinesen nicht behindere. Auch die BASF AG und die Siemens AG, die seit Jahren im China-Geschäft tätig sind, zeigten sich nach außen wenig beeindruckt.¹¹

Ohne es so zu formulieren, gehen also auch sie zu Recht von einer "Parzellierung" der Sanktionsmaßnahmen aus. Sogar ein Land wie Frankreich, das - unter der Regierung Edouard Balladurs - die Lieferung von Mirage-Jagdflugzeugen an Taiwan betrieben hatte, bekam nur kurze Zeit wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen zu spüren. Bereits beim Frankreich-Besuch Li Pengs im April 1996 war alle Ranküne wieder vergessen: Die Chinesen bestellten 33 Airbus-Maschinen im Wert von rund 3 Mrd. US\$.¹²

2.3.3

Ein Maximum an Psychologie bei einem Minimum an Risiken

Drittens gehört es zu den Eigenarten chinesischer Politik, das Ritual zu pflegen. Bezeichnenderweise gab es im Kaiserlichen China kein Außen-, sondern nur ein Riten-Ministerium, dessen Hauptaufgabe darin bestand, auf die peinliche Einhaltung außenpolitischer Umgangsformen zu achten, in deren Nachvollzug bereits ein Stück Erziehung und Verbeugung gegenüber China lag.

Spuren dieser Tradition sind auch heute noch zu beobachten, sei es nun in den Bankett- oder - eben - in den Erklärungsritualen. Ganz in diesem Sinne war es für das traditionelle China bezeichnend, daß es nach außen hin mit *Worten* eine scharfe Klinge führte, während es immer dann, wenn *Handlungen* gefragt waren, ungemein *vorsichtig* agierte. Diese Verhaltensweise hat sich bis auf den heutigen Tag vererbt: China verwendet ein Maximum an Psychologie und geht ein Minimum an Risiken ein.

Außerdem taucht in der chinesischen Außenpolitik immer irgendwo der erzieherische Zeigefinger auf. Wollte man chinesische Außenpolitik mit einem umfassenden Begriff charakterisieren, so könnte man sie am ehesten als Instrument des *Impansionismus* bezeichnen: Ging es den Chinesen doch seit 2000 Jahren nicht darum, territorial zu expandieren, sondern vielmehr pädagogisch zu impandieren und ihre Vorstellungen anderen einzuhammern. Kein Wunder, daß sie verblüfft reagieren, wenn nun plötzlich westliche Staaten in gerade umgekehrter Richtung versuchen, den Chinesen westliche Menschenrechtsvorstellungen "anzuerziehen".

Angesichts der pädagogischen Grundeinstellung des chinesischen Denkens werden häufig sogar Kriege als "Erziehungsmaßnahmen" gegen respektlose Nachbarn erklärt - man denke beispielsweise an die Auseinandersetzungen mit Vietnam im Februar und März 1979. Impansionistisch dürfte nach alledem auch eine Aktion wie die Ausladung des deutschen Außenministers zu deuten sein. Dafür spricht, daß die Ausladung nicht als endgültige Maßnahme, sondern nur als Verschiebung hingestellt wurde.

Krisen wie die gegenwärtige deutsch-chinesische Verstimmung beschränken sich also auf schmale Wirkungsfelder und auf kurze Zeiträume. Nicht ganz zu Unrecht fühlen sich Beobachter hier an Begriffe wie Peking-Oper oder "Theaterdonner" erinnert.

Anmerkungen

- 1) FAZ, 25.6.96.
- 2) Ebenda.
- 3) Vgl. dazu Weggel, Oskar, "Außenpolitik als Bußeleistung ...", in: C.a., 1992/2, S. 87-112.
- 4) Dazu i.e. C.a., 1994/4, Ü 4.
- 5) Dazu i.e. C.a., 1995/12, S. 1110-1115.
- 6) Dazu i.e. C.a., 1996/6, Ü 1.
- 7) Ausführlich dazu: C.a., 1994/7, S. 684-687.
- 8) Näheres dazu: C.a., 1995/12, S. 1110 ff.
- 9) Vgl. dazu Weggel, Oskar, "ASEM-Nachhilfeunterricht für europäische Politiker in Sachen Asien", C.a., 1996/2, S. 159-161.
- 10) *Hamburger Abendblatt*, 26.6.96, S. 1.
- 11) FAZ, 25.6.96.
- 12) C.a., 1996/5, Ü 1.